

Hochschulen im Bereitschaftsfall

Szenarien für Diskussion und Übung zur Rolle und Betrieb von
Hochschulen bei erhöhter Alarmbereitschaft

Campus-Gesamtverteidigung

Rohübersetzung: Microsoft, Überarbeitung: Martin Köchy, 2026

Hochschulen im Bereitschaftsfall

Szenarien für Diskussion und Übung zur Rolle und Betrieb von Hochschulen bei erhöhter Bereitschaft

EINLEITUNG

Nach einem Jahrzehnt Stillstand und infolge der russischen Invasion Georgiens 2008 und der Ereignisse in der Ukraine 2014 beschloss die [schwedische] Regierung 2015, die Gesamtverteidigung wieder aufzubauen, um einer neuen Bedrohung im unmittelbaren Gebiet Schwedens zu begegnen. Ein weiteres Jahrzehnt später hat sich die Sicherheitslage weiter verschlechtert; es gibt einen groß angelegten Krieg in Europa; Schweden ist Teil der NATO; und die gesamte Gesellschaft muss die Gesamtverteidigung immer schneller wieder auf die Beine bringen. Sowohl der öffentliche als auch der private Sektor versuchen, ihre Rollen und Funktionen in dieser Gesamtverteidigung zu finden. Für manche ist es einfach, da sie klare Aufgaben in Gesetzgebung, Regierungsanweisungen oder anderen Aufgaben haben. Für viele ist es jedoch immer noch eine Frage, zwischen den Zeilen zu lesen und zu versuchen, isolierte Hinweise zwischen verschiedenen allgemein geschriebenen Vorschriften zu verbinden.

Inmitten all dessen stellten die schwedischen Hochschulen fest, dass sie zur letzteren Kategorie gehörten. Im Jahr 2023 beauftragte [der Schwedische Universitäts- und Fachhochschulverbund] eine Arbeitsgruppe, um Klarheit über die Rolle von Hochschulen in der Gesamtverteidigung im Dialog mit benannten Akteuren der Gesamtverteidigung zu schaffen. Campus Gesamtverteidigung war eines der Ergebnisse dieser Arbeit – eine hochschulübergreifende Plattform, die als gemeinsamer Einstiegspunkt für die Akteure der Gesamtverteidigung dienen konnte, die Bildung und Forschung benötigten, und die es den Hochschulen ermöglichte, mit einer Stimme zur Gesellschaft zu Themen der Gesamtverteidigung zu sprechen.

Das grundlegende Problem und die Frage bleibt jedoch: Welche Rolle spielen Hochschulen in der Gesamtverteidigung? Worauf sollten sie einplanen und wie sollten sie im Falle erhöhter Alarmbereitschaft handeln? Es sind nicht nur Gesetze, Verordnungen, die Regierung und Regierungsbehörden, die darauf keine klare Antwort haben – wir Hochschulen selbst sind unsicher, wie wir mit den besonderen Bedingungen umgehen sollen, die herrschen, wenn die Gesetzgebung zur Gesamtverteidigung zur Anwendung kommt. Bereits in einem frühen Stadium wurde ein Bedarf erkannt, das Wissen und das Selbstbewusstsein der Hochschulen darüber zu erhöhen, wie sich die Teilnahme an der Gesamtverteidigung von der im Alltag für das Krisenmanagement erforderlichen Vorbereitung unterscheidet.

Dieses Material soll die Hochschulen bei der Analyse und Problematisierung ihrer eigenen Identität, ihres Betriebs und unseres Beitrags zur Gesellschaft im Bereitschaftsfall unterstützen.

Problemstellung

Es gibt im Wesentlichen drei Gesetze, die die Grundlage für die Verantwortlichkeiten und Aufgaben des öffentlichen Sektors im Zusammenhang mit der Gesamtverteidigung darstellen: das Gesetz (1992:1403) über die Gesamtverteidigung und erhöhte Einsatzbereitschaft mit der dazugehörigen Verordnung (2015:1053), die Verordnung (2022:524) über die Bereitschaft der staatlichen Behörden sowie das Gesetz (2006:544) über Maßnahmen von Gemeinden und Regionen vor und im Falle außergewöhnlicher Ereignisse in Friedenszeiten und erhöhter Alarmbereitschaft, oft abgekürzt als "LEH". Von diesen ist LEH eindeutig nicht relevant für die Hochschulen, da sie keine Gemeinden oder Regionen sind. Gesetz 2022:524 gilt für die meisten Hochschulen, aber nicht für alle, da nur wenige als Stiftungen oder eigenständige Hochschulen geführt werden. Was als gemeinsame Grundlage bleibt, ist das Gesetz (1992:1403) zur Gesamtverteidigung und erhöhten Einsatzbereitschaft, das besagt:

Gesetz (1992:1403) über Gesamtverteidigung und erhöhte Einsatzbereitschaft

1 § Gesamtverteidigung ist eine Aktivität, die notwendig ist, um Schweden auf den Krieg vorzubereiten.

Um die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu stärken, kann die Einsatzbereitschaft erhöht werden. Erhöhte Bereitschaft ist entweder „verschärfte“ Bereitschaft oder „höchste“ Bereitschaft. Bei höchster Bereitschaft umfasst die Gesamtverteidigung alle gesellschaftlichen Aktivitäten, die zu diesem Zeitpunkt durchgeführt werden.

Die Gesamtverteidigung besteht aus militärischen Aktivitäten (militärische Verteidigung) und zivilen Aktivitäten (zivile Verteidigung). Gesetz (1996:1470).

Unabhängig von der Organisationsform sind alle Hochschulen Teil der schwedischen Gesellschaft und nicht Teil der militärischen Verteidigung. Wir können daher leicht sagen, dass die Hochschulen Teil des Zivilschutzes sind und bei höchster Bereitschaft die Gesamtverteidigung die einzige Tätigkeit ist, die auch an den Hochschulen durchgeführt werden sollte. Dies hat zur Folge, dass zwar einige Hochschulen die Verordnung (2022:524) zur Vorbereitung von Regierungsbehörden nicht einhalten müssen, sie aber dennoch Vorbereitung und einen Plan dafür haben müssen, wie sie ihre Aufgaben im Bereich der Zivilverteidigung erfüllen werden. Das Problem ist, dass es nirgendwo eine Regulierung oder Definition dafür gibt, was diese Informationen tatsächlich sind, mit der Ausnahme, dass die Schwedische Verteidigungsuniversität in der Verordnung (2015:1053) ausdrücklich verpflichtet ist, den Streitkräften Unterlagen vorzulegen.

Der grundlegende Auftrag der Hochschulen umfasst Bildung, Forschung und Zusammenarbeit mit der umgebenden Gesellschaft für den gegenseitigen Austausch sowie der Sicherstellung, dass das an der Hochschule verfügbare Wissen und Fähigkeiten der Gesellschaft zugutekommt. Mangels anderer Anweisungen muss diese Mission also auch bei erhöhter Bereitschaft betrachtet werden: Unser Beitrag zur Gesellschaft und letztlich zur Gesamtverteidigung besteht darin, weiterhin Kompetenz für die Gesellschaft als Ganzes bereitzustellen. Gleichzeitig bringt die Gesetzgebung zur Gesamtverteidigung Verpflichtungen sowohl für Personal als auch für Einsätze mit sich, die vollständig dem zuwiderlaufen, wie und wo dieser Auftrag ausgeführt werden kann. Sowohl das Hochschulpersonal als auch die Studierenden werden der Gesamtverteidigungspflicht unterworfen und können mit anderen Aufgaben als im Alltag betraut werden, was bedeutet, dass sie sich anderen Aktivitäten widmen.

Die Räumlichkeiten und Einrichtungen von Hochschulen können zusätzlich zu dem bereits diskutierten Thema der Zivilschutzunterkünfte von Anordnungen zur Evakuierung und Unterbringung betroffen sein. Gebäude und historische Sammlungen können den Vorschriften zur Entfernung und Zerstörung unterliegen. Kulturelles Umfeld, Systeme und Prozesse können durch spezielle Notfallgesetze bezüglich elektronischer Kommunikation, Vertraulichkeit und Sicherheitsschutz betroffen sein, insbesondere wenn die Hochschule eine aktivere Rolle im Zusammenhang mit der Gesamtverteidigung übernimmt. Dies kann bereits in Friedenszeiten geschehen, wird aber immer wichtiger, wenn die Bereitschaft erhöht und die Gesamtverteidigung operationell wird, ähnlich wie beispielsweise Exportkontrollfragen – die im Alltag ohnehin schon aktuell und komplex sein können – weiter verschärft werden, wenn ein klarer Gegenspieler versucht, die Durchführung von Aufgaben zu sabotieren.

Vielleicht ist die größte Komplikation, dass die akademische Freiheit, die ein Kern der Identität des Berufs ist, eingeschränkt sein könnte. Gesamtverteidigung ist die einzige Aktivität, die durchgeführt werden muss, und die Bedürfnisse der Hochschule oder des Landes können Prioritäten dafür erzwingen, wer was tut – welche Forschung betrieben werden soll, wer in welchem Klassenraum stehen soll – im Extremfall mit harten Strafen sowohl auf individueller als auch organisatorischer Ebene für diejenigen, die sich weigern, die zugewiesene Aufgabe auszuführen.

Ziele, Vorgaben und Zielgruppen für diese Materialien

Dieses Material ist sehr allgemein und zielt in erster Linie darauf ab, problematisierende Diskussionen auf allen Ebenen innerhalb der Hochschulen zu schaffen. Das Material liefert keine Antworten auf manchmal sehr komplizierte und belastende Fragen, sondern bietet eine grundlegende Liste von Quellen und Lesematerialien, die eine Grundlage für die Diskussionen bilden können, von denen die Diskussionen ausgehen und sich darauf beziehen können. Es liegt an jeder Organisation oder Gruppe, die das Material verwendet, zu entscheiden, ob die Begründung und die Schlussfolgerungen für das Unternehmen und die Aufgabe angemessen sind. — Das schwedische Hochschulsystem liegt zu weit auseinander und ist zu heterogen, um eindeutige Antworten geben zu können. Selbst zwischen Fächern innerhalb derselben Hochschule können durch die Fragen im Material unterschiedliche Probleme und Fragestellungen aufgeworfen werden, obwohl es natürlich sinnvoll sein kann, Interpretationen, Erfahrungen und Schlussfolgerungen zu vergleichen, wie diese Probleme angegangen werden können.

Es gibt auch keine speziell festgelegte Zielgruppe, aber die dargestellten Szenarien wurden entwickelt, um Anforderungen für alle Ebenen und Aktivitäten innerhalb einer Hochschule neu anzusprechen, auch wenn es unterschiedlich ist, welche als wichtiger und schwieriger wahrgenommen werden und auf welchem Detailniveau die Diskussionen geführt werden können. Das Material kann genauso gut verwendet werden, um in kleinen Gruppen lokal und im Kleinen das Wissens- und Verständnisniveau des Problems zu erhöhen; aber es gibt ein zugrundeliegendes Ziel der Auswahl, nämlich dass das Material systematisch verwendet wird, um ein Bild davon zu bekommen, wie verschiedene Aktivitäten von den in den Szenarien beschriebenen Bedingungen beeinflusst werden.

Auf der grundlegendsten Ebene ist der Zweck der Szenarien:

Auf Managementebene

- die Führungsherausforderungen und Zielkonflikte hervorzuheben, die entstehen können, wenn die Hochschulen neuen Forderungen und Erwartungen ausgesetzt werden, die sich drastisch von einer Friedenssituation unterscheiden.
- eine Diskussion über die Identität der Hochschulen und die ideellen Werte zu schaffen, die der gesamten Wirksamkeit zugrunde liegen.
- eine Diskussion über die Priorisierung von Aufgaben und über die Möglichkeit der Managementebene zu führen, diese Priorisierung zu steuern.
- hervorzuheben, was die Rolle als öffentliche Einrichtung im Zusammenhang mit Bereitschaft erfordert und wie diese Rolle mit der Rolle der Hochschule im Konflikt stehen kann.

Auf Abteilungsebene

- ein Verständnis für die Aufgabe der Lehrenden und Forschenden im Verhältnis zur Dienstpflicht zu schaffen.
- eine Diskussion über die Identität der Rolle der Lehrenden und Forschenden sowie die ideellen Werte zu schaffen, die dem gesamten Einrichtungsauftrag zugrunde liegen.
- die Unterschiede in den Aufgaben hervorzuheben, die in einer Kriegssituation auftreten können.
- eine Diskussion über die Priorisierung von Aktivitäten zu führen und wie diese Priorisierung die Tätigkeiten im Hinblick auf die im Arbeitsvertrag festgelegten Regelungen beeinflussen kann.

Auf technischer und administrativer Ebene sowie zur operativen Unterstützung

- ein Verständnis für die Rolle der Angestellten in einer öffentlichen Einrichtung in einer Kriegssituation zu schaffen.
- die Unterschiede in den Aufgaben hervorzuheben, die in einer Kriegssituation auftreten können.
- eine Diskussion darüber zu beginnen, welche (vor allem technischen) Bedingungen erforderlich sein können, um die Tätigkeit in einer Kriegssituation aufrechtzuerhalten.
- eine Diskussion über technische und rechtliche Bedingungen für die Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen und privaten Akteuren als Teil der Zivilverteidigung.
- rechtliche Zielkonflikte hervorzuheben, die sich aus dem Auftrag der öffentlichen Einrichtung, gemäß der Bereitschafts- und Sicherheitsgesetzgebung zu handeln, dem fortgesetzten Handeln im Einklang mit den Vorschriften des Hochschulsystems und der Aufrechterhaltung von Forschungs- und Bildungsvereinbarungen, insbesondere mit Akteuren außerhalb der schwedischen Gesamtverteidigung, entstehen können.

Wie kann ich das Material verwenden?

Das Material soll hauptsächlich als Denkanstoß dienen – eine Möglichkeit, Diskussionen über die Grundbedingungen der Tätigkeit einen neuen und oft unangenehmen Rahmen zu geben, in der kritische Vorbereitungsfragen von größter Bedeutung werden. Das Material dient in erster Linie als Hintergrund und als Input für eine einfache Einzel- oder eine Diskussionsübung, bei der man auswählen kann, welche Bedingungen und Themen am interessantesten sind. Die gestellten Fragen sollten keineswegs als allumfassend angesehen werden, sondern vielmehr als Ausgangspunkt – eine Antwort auf die Frage "Wo fangen wir an?" –, um eine Diskussion über ein äußerst komplexes und facettenreiches Problem anstoßen zu können.

Das Material ist außerdem so konzipiert, dass es leicht neu gestaltet und in dem generischen Format verwendet werden kann, das das damalige Amt für Gesellschaftsschutz und Bereitschaft (MSB) unter der Überschrift "Übe einfach" entwickelte.¹ Das in diesem Format vorhandene Übungsmaterial betrifft hauptsächlich operative Themen, insbesondere bei kommunalen und gesellschaftlich wichtigen Aktivitäten, aber das Übe-einfach-Konzept soll es in seiner Gesamtheit erleichtern, schnell kleine Übungen zu erstellen, die häufig und ohne übermäßig komplizierte Vorbereitungen durchgeführt werden können. Selbst bei so kleinen Übungen kann es jedoch schwerfallen, relevantes Hintergrundmaterial zu erstellen, Bedingungen für das Lesen zu schaffen, einen Rahmen für die Übung zu schaffen und Fragen zu formulieren, die für die Übenden relevant sind. Hier besteht die Idee darin, dass dieses Material die Schwelle senken kann, indem es fertige Ausführungen für die Szenarien und ein Referenzmaterial bietet, das vor und während einer Übung verwendet werden kann. Diejenigen, die eine systematischere Übung durchführen möchten, können Beobachtungen sammeln sowie Ausführungs- und Ergebnissbewertungen durchführen, um die Ergebnisse der Übung im Rahmen der Tätigkeitsentwicklung weiterzuführen.

Noch einmal: Dieses Material soll ein Ausgangspunkt sein. Sobald die Diskussionen beginnen und das Verständnis sowohl der Bedingungen der Tätigkeit als auch der Komplexität des Problemgebiets zunimmt, werden völlig neue und deutlich akutere Themen entstehen. Das Wichtigste ist, dass das Gespräch beginnt.

Auswahl von Szenarien und Fragen

Die dargestellten Szenarien werden danach kategorisiert, wie ernst die externe Lage für die Hochschule ist. Auch wenn es bequemer erscheinen mag, einfach anzufangen und sich zu den schwierigeren und rein existenziellen Fragen zu arbeiten, lautet die grundlegende Empfehlung trotzdem, den entgegengesetzten Weg zu gehen. Indem man mit Problemen beginnt, die den Kern und die Daseinsberechtigung der Einrichtung betreffen, können diese Antworten Unterstützung und Grundlage für spätere Fragen zu wichtigen Prioritäten bieten: Was sollte letztlich bewahrt werden? Die Aufstellung für die schlimmste Situation bietet gute Bedingungen, um eine einfachere Situation zu bewältigen.

Insbesondere ist es wichtig, sich klar vom Alltag und den dort gesetzten Prioritäten zu lösen. Wie bereits erwähnt, ist auf dem höchsten Niveau der Bereitschaft die Gesamtverteidigung die einzige Aktivität, die durchgeführt werden muss, und das, was für die Gesamtverteidigung wichtig ist, kann sich deutlich von dem unterscheiden, was in einer "normalen" Krise gesellschaftlich wichtig ist. Die grundlegende Funktionalität der Hochschule kann neu priorisiert und neu definiert werden – was als Kernaktivitäten im Alltag gilt, kann zweitrangig sein, wenn die Hochschule für das Überleben der Nation kämpft. Oder es stellt sich heraus, dass das Kerngeschäft doch der Kern ist, aber es eine Prioritätsreihenfolge geben muss, in der Aktivitäten bis zum Ende aufrechterhalten werden müssen und was auf Eis gestellt werden muss, wenn die Ressourcen aufgebraucht sind. Diesen unbestreitbaren Kern zuerst zu finden, indem man die schwierigeren Szenarien und Themen auswählt, hilft so, dem Betrieb auch in handhabbareren Situationen einen klaren Fokus zu geben.

Letztlich ist die Wahl des Szenarios eine Frage, was der Zweck der Diskussion und Übung ist: Geht es darum, tatsächliche Bedürfnisse und Abhängigkeiten im Rahmen einer Kontinuitätsanalyse zu identifizieren, oder geht es vielmehr darum, das Bewusstsein und das Wissen in Fragen der Gesamtverteidigung im Allgemeinen zu stärken?

¹ Siehe mehrere Beispiele für mcf.se unter "Einfach üben", verfügbar unter: <https://www.mcf.se/sv/utbildning--exercise/exercise/systematic-exercise/exercise-support/practice-simple/>

ÜBERSICHT DER SZENARIEN

Hintergründe

Die Szenarien arbeiten mit drei Hintergründen:

- Eine Situation, in der die Hochschule existiert und auf besetztem Gebiet operiert; die gegnerische Macht hat ausreichend Kontrolle über das Gebiet erlangt und will aus irgendeinem Grund, dass die Hochschule geöffnet bleibt.
- Eine Situation, in der die Hochschule nahe an der Front operiert und gelegentlich oder wiederkehrend Ziel für Angriffe sein kann.
- Eine Situation, in der die Hochschule selbst vor Angriffen verschont ist, aber in einer Gesellschaft bei erhöhter Alarmbereitschaft aktiv ist und daher ihren Betrieb an neue Bedürfnisse und Umstände anpassen muss.

In der ersten Situation **gelten das schwedische Recht und die Verwaltung prinzipiell nicht mehr**. Eine wiederkehrende Frage ist, auf welcher Grundlage die Hochschule überhaupt tätig sein sollte? Wie lange können wir uns auf reine Tradition und Kultur verlassen, um eine Identität zu bewahren, anstatt einer klaren Anweisung zu folgen? Was passiert, wenn neue Anweisungen kommen, die der Identität und Kultur widersprechen, die wir bewahren wollen?

Die zweite Situation lässt sich etwas vereinfachen, indem angenommen wird, dass **die höchste Stufe der Einsatzbereitschaft²** auch für Hochschulen gilt – Gesamtverteidigung also die einzige gesellschaftliche Aufgabe ist, die auszuführen ist, und dazu gehören auch die Hochschulen. Wiederkehrende Fragen hier betreffen das Ausmaß, in dem die Aktivitäten durchgeführt werden können oder sollten. Mit welchen Ressourcen? Zu welchem Zweck? Was kann verzögert werden, was kann sich ändern und was muss um jeden Preis funktionieren?

Im dritten Fall kann angenommen werden, dass **verschärfte Einsatzbereitschaft³** gilt, was die Probleme für die Hochschule nicht unbedingt vereinfacht. Einerseits kann man in der Diskussion entscheiden, ob die Hochschule selbst durch die aktivierte Notfallgesetzgebung geschützt ist oder ob sie sich einfach daran anpassen muss, dass wichtige Teile der Gesellschaft um sie herum nun mit einem anderen Regelwerk leben. Einerseits bedeutet das Niveau der Bereitschaftslage an sich, dass es eine große Flexibilität gibt, welche Anforderungen an die Gesellschaft gestellt werden – von der Abordnung von Mitarbeitern an den Pflichtdienst bis hin zur direkten Bereitstellung der Einrichtungen und Ressourcen der Hochschule für umfassende Verteidigungszwecke. Die wiederkehrende Frage ist, wie sich die Hochschulen an diese gesellschaftlichen Veränderungen anpassen, insbesondere wenn erwartet wird, dass der Betrieb ansonsten wie gewohnt fortgesetzt wird.

Übergreifende Themen

Obwohl die Umstände jedes Szenarios unterschiedlich sind und unterschiedliche Probleme entstehen, gibt es eine Reihe wiederkehrender Fragen und Problembereiche, zu denen in allen Diskussionen zurückgekehrt werden sollte.

- Die symbolische Frage: Was ist die "Hochschule" – welche Art von Einheit und Identität sollte geschützt und bewahrt werden?
- Grundlegende Informationssicherheit – wer hat die Kontrolle darüber, und wie werden Forschungsdaten und persönliche Daten bewahrt?
- Persönliche Sicherheit aus technischer, administrativer und rechtlicher Sicht – wie schützen wir Mitarbeitende und Studierende? Wovon und vor wem schützen wir sie?
- Interner und externer Druck – Führungsherausforderungen zwischen Ansprüchen an die Hochschule vom Staat und der Gesellschaft, von der operativen Ebene, von der Studierendenebene.

² Schwedische Verteidigungsuniversität (2025), S. 122 und Anhang 2-25ff; Gesetz (1992:1403) über Gesamtverteidigung und erhöhte Bereitschaft.

³ Der Hauptunterschied zwischen verschärfter und höchster Einsatzbereitschaft besteht darin, dass verschärfte Einsatzbereitschaft ein gezielteres Werkzeug sein soll, bei dem bestimmte Aktivitäten, Sektoren und/oder geografische Gebiete von spezifischen Vorschriften innerhalb der Gesamtverteidigungsgesetzgebung profitieren können, während andere Teile der Gesellschaft wie gewohnt weitermachen dürfen. Diese Möglichkeit besteht auch bei der höchsten Stufe für Bereitschaft, soweit die höchste Stufe nicht infolge des Krieges ausgelöst wurde, aber die Vorbereitungsarbeit macht deutlich, dass die höchste Stufe der Bereitschaft wesentlich umfassender sein soll. Siehe Försvarshögskolan (2025), S. 122 und Anhang 2-25ff; Gesetz (1992:1403) über Gesamtverteidigung und erhöhte Bereitschaft.

- Rechtliche Grundlagen und Herausforderungen – auf welcher Grundlage können wir die Maßnahmen und Aktivitäten umsetzen, die wir wollen, um das Unternehmen, das Personal und die Studierenden zu sichern?

Das Lesematerial bietet Vorschläge für Literatur, die diese Fragen vorantreiben und in manchen Fällen konkrete Antworten liefern können, aber letztlich ist dies ein Bereich, in dem es an Leitlinien und klarer Regulierung mangelt. Es liegt am Diskussions- und Übungsleiter, zu bestimmen, was in jedem Fall relevant ist.

Szenarien

Dieses Material stellt acht grundlegende Szenarien vor. Die Szenarien sind nicht speziell an eine bestimmte Zielgruppe angepasst, sondern sind für alle gedacht, wobei verschiedene Aktivitäten natürlich unterschiedliche Diskussionen hervorrufen.

Die beschriebenen Szenarien sind:

Auf besetztem Gebiet (jenseits schwedischen Rechts und Verwaltung)

1. Operationen auf Befehl des Besatzers. Wie geht die Hochschule damit um, dass sie plötzlich auf eine neue politische Gewalt mit anderen Forderungen und Wünschen reagieren muss?
2. Bestellte Ergebnisse. Wie geht die Hochschule damit um, dass ihr Name und Ruf genutzt werden, um eine feindliche Erzählung zu untermauern, weit entfernt von allem, was als freie Forschung und wissenschaftlich fundierte Lehre bezeichnet wird?
3. Unter neuer Leitung. Wie geht die Hochschule damit um, dass sie von innen durch erzwungene Ernennungen von Management und Personal kontrolliert wird?
4. Fliehen oder schlecht kämpfen. Wie geht die Hochschule damit um, dass sie nicht mehr Teil des schwedischen Hochschulsystems ist und erwartet wird, zwischen Widerstand und Erfüllung von Verpflichtungen nach internationalem Recht auszubalancieren?

In Frontnähe (bei erhöhter Bereitschaft)

5. Eine Frage der Kontinuität. Wie geht die Hochschule damit um, dass sie direkt oder indirekt ein Ziel für Kriegsführung ist und erwartet wird, dass sie bestmöglich zu den Verteidigungsanstrengungen beiträgt, aber gleichzeitig kein besonders attraktives Arbeits- oder Lernumfeld darstellt?

In einer betroffenen Gesellschaft (bei verschärfter Bereitschaft)

6. Der erste und zweite Auftrag – die Bedürfnisse der Hochschule. Wie geht die Hochschule mit den Veränderungen in der Studierendenschaft und bei der Verfügbarkeit von Personal um, wenn beide Gruppen zu anderen wichtigen Aktivitäten für die Gesamtverteidigung eingezogen werden können? Was ist in Ihren eigenen Operationen wichtig für die Gesamtverteidigung und muss priorisiert werden?
7. Dritter Auftrag – zu den Bedürfnissen der Gesellschaft beitragen. Wie geht die Hochschule mit Veränderungen in den Erwartungen der Gesellschaft an ihre Aktivitäten um, insbesondere in Bezug auf die Unterstützung der zivilen und militärischen Verteidigung?
8. Der erweiterte dritte Auftrag – die Bedürfnisse der Verbündeten erfüllen. Mit der NATO-Mitgliedschaft entstehen auch Erwartungen von anderen Seiten als der schwedischen Gesellschaft. Wie geht die Hochschule damit um, dass internationale (vor allem militärische) Bedürfnisse zunehmend beeinflussen, wie der schwedische Staat zur Zusammenarbeit mit den Alliierten beiträgt?

Lesematerial för vidare Diskussioner och Informationen

Nachfolgend finden Sie Material, das bei der Vorbereitung oder während der Diskussionen verwendet werden kann, um das Wissen und Verständnis der Umstände, Bedingungen und Probleme, die die Szenarien hervorheben, zu vergrößern. Insbesondere bei der Gesetzgebung wird es einen großen Unterschied zwischen Szenario- und Betriebsebene machen, was für die Diskussion relevant ist. Das, was hier präsentiert wird, ist nur eine allgemeine Auswahl, um einen Hintergrund zu liefern, wie die schwedische Gesamtverteidigung rechtlich definiert ist. Der Ursprung dieses Materials ist, dass die Rolle der Hochschulen in der Gesamtverteidigung weitgehend undefiniert ist, was bedeutet, dass vor allem die hochschulübergreifenden Berichte, Leitlinien und Memos der SUHF in diesem Bereich als gemeinsame Grundlage präsentiert werden, insbesondere in Fragen der akademischen Freiheit.

Gesetze und Vorschriften

Arbetsrättslig beredskapslag (1987:1262).
Förfogandelag (1978:262).
Förordning (1993:243) om undanförsel och förstöring.
Förordning (1995:238) om totalförsvarsplikt.
Förordning (2000:1217) om kontroll av produkter med dubbla användningsområden och av tekniskt bistånd.
Förordning (2002:760) om uppdragsutbildning vid universitet och högskolor.
Förordning (2006:639) om utrymning och inkvartering m.m. under höjd beredskap.
Förordning (2015:1053) om totalförsvar och höjd beredskap.
Förordning (2022:511) om elektronisk kommunikation, i synnerhet 1 kap 8–9 §§, 5 kap. 9 §.
Förordning (2022:524) om statliga myndigheters beredskap.
Kungörelse (1974:152) om beslutad ny regeringsform, i synnerhet 15 kap.
Offentlighets- och sekretessförordning (2009:641),
Offentlighets- och sekretesslag (2009:400), i synnerhet 15 och 18 kap.
Högskoleförordning (1993:100).
Högskolelag (1992:1434).
Kulturmiljölag (1988:950).
Lag (1992:1402) om undanförsel och förstöring.
Lag (1992:1403) om totalförsvar och höjd beredskap.
Lag (1994:1809) om totalförsvarsplikt.
Lag (1994:2077) om arbetsförmedlingstvång.
Lag (2006:545) om skyddsrum.
Lag (2006:546) om utrymning och inkvartering m.m. under höjd beredskap.
Lag (2022:482) om elektronisk kommunikation, i synnerhet 1 kap 11–13 §§.
Ransoneringslag (1978:268).
Säkerhetsskyddsförordning (2021:955).
Säkerhetsskyddslag (2018:585).
Totalförsvarets folkrättsförordning (1990:12).

Über die Funktion der Gesamtverteidigung und der Gesellschaft bei erhöhter Alarmbereitschaft

Försvarsberedningens rapport Ds. 2024:6 *Stärkt försvarsförmåga – Sverige som allierad*. Tillgänglig på: <https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/departementsserien-och-promemorior/2024/04/ds-20246/>
Försvarsdepartementet (2010) *Krigets lagar*, SOU 2010:22. Tillgänglig på: <https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/statens-offentliga-utredningar/2010/05/sou-201022/>
Försvarshögskolan (2025) *Förutsättningar för krisberedskap och totalförsvar i Sverige*. FHS serie: 3-2025- Tillgänglig på <https://diva-portal.org/smash/get/diva2:1989059/FULLTEXT02.pdf>
Orward, Björn (1995) *Motstånd under ockupation*. Psykologiskt försvar meddelande 137. Försvarmedia/Gotab. Tillgänglig på: <https://rib.msb.se/bib/Search/Document?id=7132>
Longworth, Sally & Dalman, Julia (2025) *Rättsväsendet under ockupation – En rättslig analys av åklagares och domares förhållande till en ockupationsmakt*. FOI-R--5726--SE. Tillgänglig på: <https://www.foi.se/rapportsammanfattning?reportNo=FOI-R--5726--SE>
Regeringens proposition 2024/25:34 *Totalförsvaret 2025–2030*. Tillgänglig på: <https://www.regeringen.se/rattsliga-dokument/proposition/2024/10/prop.-20242534>
Säkerhetspolisen (2025) *Säkerhetspolisen 2024/2025*. Tillgänglig på: <https://sakerhetspolisen.se/om-sakerhetspolisen/publikationer/sakerhetspolisens-lagesbild/sakerhetspolisen-2024-2025/sammanfattning.html>

Über den Auftrag der Hochschulen bei erhöhter Alarmbereitschaft

Ekberg, Tim (2023) Akademisk frihet och institutionell autonomi. Verfügar unter:

<https://suhf.se/app/uploads/2023/06/Akademisk-frihet-och-institutionell-autonomi-Tim-Ekberg-2023.pdf>

— (2024) Den akademiska friheten. Verfügar unter: <https://suhf.se/app/uploads/2024/03/Den-akademiska-friheten-Tim-Ekberg-januari-2024-1.pdf>

— (2025) Akademisk frihet så in i Norden. Verfügar unter: <https://suhf.se/app/uploads/2025/03/Akademisk-frihet-sa-in-i-Norden-Ekberg-feb-2025.pdf>

Lundborg, Stefan (2024) Frihet och kvalitet – för vem och vad. En analys av inspelen till forskningspropositionen 2024.

Verfügar unter: <https://suhf.se/app/uploads/2024/05/Frihet-och-kvalitet-%E2%80%93-for-vem-och-vad-inspelen-till-forskningspropositionen-2024-Lundborg.pdf>

SUHF (2010) Manifest 2010 Universitet och högskolor som aktörer i samhällsutvecklingen, Verfügar unter: https://suhf.se/app/uploads/2019/07/Manifest-2006_Samverkan-f%C3%B6r-att-st%C3%A4rka-Sverige-i-det-globala-kunskapssamh%C3%A4llet.pdf

— (2022) Lärosätens roll i totalförsvaret, SUHF PM 220518. Verfügar unter:

<https://suhf.se/app/uploads/2022/06/La%C3%88rosa%C3%88tens-roll-i-totalfo%C3%88rsvaret-PM-SUHF-220518-1.pdf>

— (2024) Vägledning rörande lärosätens ansvar för etik i forskning utomlands. Rekommendation REK 2024:2. Antagen SUHFs styrelse 240827. Verfügar unter: https://suhf.se/app/uploads/2024/09/REK-2024-2-Vagledning-rorande-larosatens-ansvar-for-etik-i-forskning-utomlands_antagen-SUHFs-styrelse-240827.pdf

— (2025) Yttrande över betänkandet Motståndskraft i samhällsviktiga tjänster, januari 2025. Verfügar unter: <https://suhf.se/app/uploads/2025/01/Yttrande-over-betankandet-Motstandskraft-i-samhallsviktiga-tjanster.-SUHF-250107.pdf>

Hintergrund 1: In besetztem Gebiet

In der Ostseeregion herrscht Krieg. Die Front schwankt hin und her, aber während die NATO noch Kräfte sammelt, haben Finnland, die baltischen Länder und Schweden im ersten Schock an Boden verloren. Die Hochschule ist hinter dieser Frontlinie gefangen, und es ist derzeit unklar, wie wichtig es ist, Anstrengungen zu investieren, schwedischen Boden zurückzuerobern – schließlich ist der Keil, der in das Gebiet getrieben wurde, für den Gegner schwer zu halten, falls die direktere Frontlinie im Osten zusammenbricht. Es besteht daher die Gefahr, dass die Besetzung dieses Gebiets verlängert wird und vielmehr als Aufräumarbeit betrachtet wird, die auf eine spätere Phase des Konflikts verschoben wird.

Die Hochschule ist kein Ziel für Kriegshandlungen. Aus Sicht des Gegners ist die Hochschule eine gute Beute im Konflikt, die es wert ist, bewahrt zu werden, und aus schwedischer Sicht bleibt die Hoffnung, dass es möglich sein wird, alles Verlorene zurückzugewinnen und die Aktivitäten wieder zur Normalität zurückkehren zu können.

In der Zwischenzeit befindet sich die Hochschule als Akteur in einer rechtlichen Grauzone. Wenn die Hochschule als ein Vertreter des schwedischen öffentlichen Dienstes betrachtet wird, argumentiert das Regierungsinstrument (1974:152) Kapitel 15, Abschnitt 9, dass:

Jede öffentliche Einrichtung im besetzten Gebiet muss so handeln, wie sie den Verteidigungs- und Widerstandsaktivitäten am besten dient sowie dem Schutz der Zivilbevölkerung und schwedischer Interessen im Allgemeinen. In keinem Fall darf eine öffentliche Stelle eine Entscheidung treffen oder eine Maßnahme ergreifen, die entgegen den Regeln des Völkerrechts einen Mitbürger des Landes verpflichtet, der Besatzungsmacht zu helfen.

Mit anderen Worten, von der Hochschule wird erwartet, dass sie am Widerstand gegen die Besatzung teilnimmt. Gleichzeitig besagt das Völkerrecht – insbesondere das IV. Haager Übereinkommen – dass der Besatzer die rechtliche Macht über das Gebiet hat; **Schwedisches Recht gilt traditionell nicht mehr.** Das Völkerrecht, soweit es tatsächlich eingehalten wird, sieht in der IV. Genfer Konvention und dem Zusatzprotokoll 1 zu den Genfer Konventionen eine Verpflichtung zum Schutz von Zivilisten vor Kriegshandlungen aus, sie können aber dennoch angewiesen werden, für die Besatzungsmacht zu arbeiten. Zusatzprotokoll 1 versucht außerdem zu klären, was formal als "Widerstand" gilt, den der Besatzer aktiv bekämpfen darf. Die Abgrenzung ist umstritten und alles andere als eindeutig.⁴

Die Folge davon ist, dass fraglich ist, ob die Gesetzgebung zur maximalen Bereitschaft für die Hochschule gilt, selbst wenn sie für das Gebiet natürlich wäre, und viele haben aus eigener Initiative interpretiert, dass Dienstpflichtgesetze und Ähnliches, die sie sonst zur Fortsetzung ihrer täglichen Aktivitäten zwingen könnten, nicht anwendbar sind und daher auf nicht besetztes schwedisches Gebiet geflohen sind. **Nur 25 % des eigenen Personals sind noch verfügbar, aber die 50 % der Studierendenschaft, die auf besetztem Gebiet verbleiben, besuchen weiterhin den Unterricht,** mangels sonstigen Angebots. Wenn medizinische Ausbildung an der Hochschule durchgeführt wird, werden all diese Mitarbeiter und Studierenden verpflichtet, die Besatzungsmacht zu unterstützen, genießen aber gleichzeitig auf dem Papier einen erweiterten Schutz durch die Genfer Konventionen und deren Zusatzprotokolle. **Einrichtungen und Gebäude sind im Allgemeinen intakt und können wie gewohnt genutzt werden, können aber nicht in sehr hohem Maße instandgehalten werden und genießen keine besondere Überwachung,** außer dass die Besatzungsmacht versucht, sicherzustellen, dass keine Widerstandsbewegungen im Gebiet operieren.

Die Hochschule ist jedoch eine symbolisch wichtige Beute für die Besatzer, und unabhängig davon, was schwedisches oder internationales Recht verlangt, **wurden Anordnungen erlassen, dass die Aktivitäten fortgesetzt werden und den Zwecken der Besatzungsmacht dienen sollen.**

Szenario 1: Betrieb auf Befehl des Besatzers

Die Hochschule steht unter der Kontrolle der Besatzungsmacht, und ihr Markenzeichen ist etwas, das der Feind für seine eigenen Zwecke nutzen will. Einerseits ist es ein großes Lob, diese "Beute" im Konflikt zeigen zu können, andererseits ist es wichtig zu zeigen, dass die Besatzer das Gebiet nun tatsächlich gut genug kontrollieren, um auch die Aktivitäten der Hochschule direkt kontrollieren zu können. Es geht nicht mehr um akademische Freiheit, sondern darum, Befehle mit vage definierten Drohungen mit Vergeltungsmaßnahmen zu befolgen, falls diese nicht befolgt werden.

⁴ Siehe, unter anderem. Skygge (2005) *The Right to Resistance in Occupied Territory*; Barnidge (2011) *Resistance Movements*.

Das an der Universität gesammelte Fachwissen und die Fähigkeiten haben weiterhin einen Wert, den die Besatzungsmacht nutzen möchte, aber es ist noch unklar, was genau und wie – bisher wurden die Aktivitäten fast ausschließlich aus organisatorischer Trägheit und Gewohnheit fortgesetzt, da es keine deutliche Neigung gibt, etwas anderes zu tun. Die Hochschule steht vor einem existenziellen Scheideweg: Worauf kann sich die Organisation überhaupt einigen? Wie lange sollten die Aktivitäten dauern, um den Kern von Forschung und Bildung zu erhalten? Wann hört der Name auf, irgendetwas zu bedeuten, und wird stattdessen nur noch zu einem Propagandasymbol? Gibt es überhaupt eine Strategie, um die Universität in dieser Situation zu erhalten?

Die Unsicherheit darüber, was kommen wird, und der moralische Streit zwischen der Erwartung, Widerstand zu leisten, der Erwartung, den Besatzern zu gehorchen, und den in vielen Fällen ungetesteten und unregulierten Risiken, tatsächlich eine Widerstandsbewegung zu starten, wirken sich unterschiedlich auf die verschiedenen Gruppen der Universität aus: Die Studierenden haben eindeutig nicht die gleiche Möglichkeit, das Gebiet zu verlassen, wie das Universitätspersonal, was sich auch in der verzerrten Verteilung der Verbliebenen widerspiegelt. Gleichzeitig ist die Bereitschaft der Studierenden zum Widerstand deutlich höher, selbst wenn es eher ein Gefühl als etwas Bestimmtes ist, während die übrigen Mitarbeiter äußern, dass sie sich an der Universität festgefahren fühlen und viele scheinbar das Gesetz des geringsten Widerstands befolgen wollen. In beiden Fällen ist derzeit äußerst ungewiss, was diese Einstellungen in der Praxis bedeuten würden.

Diskussionsfragen

- Warum sollten Forderungen gestellt werden?
 - Welche Aktivitäten gibt es an der Hochschule, die für eine Besatzungsmacht von besonderem Wert sein könnten, um sie aufrechtzuerhalten? Was werden sie streng kontrollieren und das Personal (und vielleicht sogar die Studierenden) zwingen, daran weiterzuarbeiten?
 - Werden die Anforderungen besonders anspruchsvoll sein oder gibt es Grund zu der Annahme, dass das Geschäft nur aus Gewohnheit und Bequemlichkeit weitergeführt wird? Wie bereit sind die Menschen an der Hochschule, das, woran sie gearbeitet haben, aufzugeben und woanders neu anzufangen?
- Welchen Widerstand kann man leisten?
 - Welche Möglichkeiten gibt es, sich zu wehren? Sowohl aus rechtlicher als auch aus ethisch-moralischer Perspektive müssen die Grenzen der Art und Weise, wie Lehrpersonal und Studierende die Erwartungen der Verfassung erfüllen können, untersucht und kommuniziert werden.
 - Wie würde sich ein solcher Widerstand äußern? Für diejenigen, die nicht einfach die Möglichkeit haben, das Gebiet zu verlassen und sich daher weigern, an den Aktivitäten teilzunehmen, gibt es eine große Bandbreite zwischen reiner Verschleierung und getarnter Weigerung zu arbeiten, bis hin zu aktiven Sabotageakten. Ist das etwas, das auf Policy-Ebene entschieden werden kann, oder muss es die Entscheidung des Einzelnen sein?
- Was werden die Konsequenzen sein?
 - Was kann passieren, wenn die Organisation als Ganzes oder einzelne Personen sich eindeutig gegen die Besatzungsmacht wehren? Ist es möglich, sich vor diesen Konsequenzen zu schützen, und sollte dieser Schutz etwas sein, das die Universität als Teil der Verantwortung zur Beteiligung an Widerstandsaktivitäten aufrechterhalten muss?
- Überläufer und Mitläufer – Sabotage der Opposition
 - Es ist leicht, die Meinung zu äußern, die seit den 1940er Jahren in allen Bereitschaftsbroschüren enthalten ist, dass "wir niemals aufgeben", aber die Praxis hat sich in allen Konflikten als unterschiedlich erwiesen. Ist es in irgendeiner Weise organisatorisch möglich, mit den inneren Konflikten umzugehen, die zwischen denen, die sich wehren, und denen, die einfach nur gehorchen und überleben wollen, entstehen werden?

Szenario 2: Bestellte Ergebnisse

Nach einer Zeit der Besetzung hat sich der Ruf der Universität in der Forschungswelt als so bedeutend erwiesen, dass der Betrieb im Allgemeinen keiner besonderen Verwaltung unterliegen. Vielmehr wird er als willkommene Ablenkung gesehen, die sowohl die Zeit von Mitarbeitern als auch von Studierenden beansprucht und sie in einem abgegrenzten und leicht zu überwachenden Gebiet hält. Was sich jedoch schnell als Anforderung herausstellt, ist, dass die Ergebnisse und Schlussfolgerungen, die aus der Forschung der Universität stammen, sowie das Material, das für die Lehre verwendet wird, mit dem Narrativ der Besatzungsmacht übereinstimmen müssen. Wenn es einen Forschungs- und Wissensaustausch mit anderen Hochschulen und Forschungsgruppen gibt, der nicht auf diese Weise kontrolliert werden kann, oder das Risiko entsteht, unerwünschte Ergebnisse zu erzielen, muss diese Zusammenarbeit eingestellt werden.

Langfristig wird die Marke der Universität dadurch zerstört, aber letztlich ist die Universität nicht mit der Besatzungsmacht verbunden und die Marke kann aus ihrer Sicht völlig abgenutzt und ohne wirkliche Wirkung entleert werden. Ebenso ist das Wissen der Studierenden nicht viel wert – wenn sie bereits "richtig" gebildet sind in Bezug darauf, was die Besatzungsmacht von ihnen wissen und denken will, spart das nur Zeit, und es gibt bereits Mitläufer, die bereit sind, die Kritik in diesem Bereich zu dämpfen.

Die Frage in dieser Situation ist, was in der Wissenstradition der Universität bewahrt werden muss und was erhalten bleiben kann. Wie weit lohnt es sich, den Namen selbst zu verteidigen? Oder ist es wichtiger, das Leben und die Gesundheit von Mitarbeitern und Studierenden zu schützen, wenn man weiß, dass Geschichte bereits geschrieben wurde und die Wissensproduktion ab diesem Jahr in der akademischen Welt bereits nichts mehr wert ist?

Diskussionsfragen

- Welche Anforderungen könnten gestellt werden?
 - Angesichts der Forschungs- und Bildungsaktivitäten der Hochschule: Worauf könnte es sich für eine Besatzungsmacht lohnen, Einfluss zu nehmen und zu verzerren? Zu welchem Zweck?
 - Gibt es Grund zu der Annahme, dass bestimmte Aktivitäten wahrscheinlich überhaupt nicht erlaubt sein werden, und ist es etwas, das sich lohnt und für das es möglich ist zu planen – die Sicherung und Erhaltung von Forschungsdaten sowie Möglichkeiten, Schutz- und Fluchtwege für schutzbedürftige Forscher zu finden?
- Wie weit reicht *pacta sunt servanda*?
 - Was passiert mit Vereinbarungen, die geschlossen werden, wenn die Hochschule übernommen wird? Das Prinzip, dass Verträge einhalten werden müssen, ist im Allgemeinen bindend, aber gibt es bereits klare Formulierungen zu den Umständen, unter denen – in diesem Fall bezüglich offensichtlicher und expliziter äußerer Einflüsse – sie nicht mehr anwendbar sind?
 - Wie viel vom Betrieb, insbesondere seiner Finanzierung, ist an Vereinbarungen gebunden, die im Falle einer Besetzung oder ähnlichen Umständen gebrochen werden könnten? Wird es in der Praxis irgendetwas beeinflussen, oder falls ja, betrifft es bereits Forschung (und Forscher), die weiterhin die Hochschule verlassen müssen, um vor Vergeltungsmaßnahmen der Besatzungsmacht geschützt zu werden?
- Vertrauen, Marke und Ruf – auf welcher Ebene?
 - Was muss letztlich geschützt werden, wenn Forschung und Bildung zu bloßen Auftragswerken werden? Liegt es an der Hochschule oder an den einzelnen Forschern und Mitarbeitenden? Ist es das Wissen, das den Studierenden vermittelt wird?
 - Wie sollte die Hochschule ihre Maßnahmen zum Schutz von Aktivitäten und Einzelpersonen unter diesen Bedingungen priorisieren?

Szenario 3: Unter neuer Leitung

Die Kontrolle über die Hochschule war eines der Ziele der Besetzung dieses geografischen Gebiets. Die Kompetenz- und Wissensproduktion ist zu wertvoll, um verschwendet zu werden, aber das bedeutet dennoch nicht, dass es im üblichen Sinne akademische Freiheit geben wird. Die Ergebnisse von Forschung und Ausbildung bleiben unberührt, aber die Hochschule muss sorgfältig kontrolliert werden, um sicherzustellen, dass Mitarbeiter und Studierende im Widerstand gegen die Besetzung nicht "radikalisiert" werden.

Die Kontrolle erfolgt sowohl von innen als auch von außen. Ergebnisse und Produktion werden geprüft, um sicherzustellen, dass sie politisch akzeptabel sind und zumindest nicht aktiv gegen die Interessen der Besatzer voreingenommen sind. Allerdings werden intern auch Management- und Kontrollfunktionen eingesetzt, um den Betrieb zu überwachen und bei Bedarf von unangenehmen Themen fernzuhalten. Im Betrieb wird eine Atmosphäre der Freiheit gewahrt, was diese kontrollierten Berufungen für die Besetzer attraktiv und prestigeträchtig macht: Es ist eine bequeme Möglichkeit, den Namen der Universität in den Lebenslauf zu bekommen – vielleicht eröffnet es Möglichkeiten für leichte Unterschlagung und Korruption, bei der Freunde und Bekannte Jobs und Aufträge an der Universität bekommen können, und dieses Angebot ist nicht unbedingt nur bei den Nutzern attraktiv.

Ein Bild von Stabilität wird an der Universität nach oben und außen aufrechterhalten, doch innerhalb der Organisation entstehen schnell Konfliktlinien zwischen Mitarbeitern, die Widerstand leisten wollen, Mitarbeitern, die sich damit begnügen, fast wie gewohnt weitermachen zu können, und politisch ernannten Mitarbeitern – keine der beiden Gruppen ist in der Mehrheit und das Vertrauen zwischen den Gruppen existiert nicht. Die Gruppierungen finden sich in allen Organisationsbereichen, vom Management bis hin zu einzelnen Forschern, Lehrpersonal und Verwaltungsmitarbeitern. In einzelnen Abteilungen gibt es jedoch stille Ausgrenzung und Arbeitsteilung, was bedeutet, dass eine oder andere Gruppe genau innerhalb dieses kleinen Bereichs der Organisation lokale Kontrolle hat. Unabhängig von der Situation unter den Mitarbeitern der Hochschule sind die Studierenden stark in verschiedenen Widerstandsbewegungen engagiert, insbesondere im Protest gegen das, was sie als politische Kontrolle, Verzerrung und Zerstörung ihrer Quelle für eine gute Bildung und eine qualitativ hochwertige Zukunft ansehen. Es besteht eine ausgeprägte Sorge, dass dieser studentische Widerstand eine Entscheidung provozieren wird, große Teile der Universitätsaktivitäten doch noch einzustellen.

Diskussionsfragen

- Ist es überhaupt möglich, eine so fragmentierte Organisation zu führen?
 - Wie große, interne Konflikte kann die Organisation überleben, ohne zusammenzubrechen? Ist dies etwas, zu dem die Hochschule Stellung beziehen kann und sollte, damit der Betrieb fortgesetzt werden können, oder soll sich gefälligst der Besatzer – und dessen ernannte Geschäftsleitung – darum kümmern?
- Wie sieht die Einrichtungskultur in Bezug auf Governance und Management auf verschiedenen Ebenen aus?
 - Ist die Hochschule durch Regeln gekennzeichnet, die einzelnen Organisationseinheiten große Autonomie geben, oder bewegt sich die Steuerung eher in Richtung einer kollektiveren Governance?
 - Wo werden sich Konfliktlinien unter diesen Regeln der Organisationskultur bilden?
 - Gibt es einen Grund, Regeln und Organisationskultur zu überprüfen, um die Möglichkeit zu erhöhen, politischer Kontrolle zu widerstehen? Ist es wahrscheinlich, dass dies dazu beiträgt, die Möglichkeit aufrechtzuerhalten, den Betrieb an der Hochschule fortzusetzen, oder ist die Spaltung unvermeidlich?
- Sollte die Hochschule letztlich erhalten bleiben oder ist es Teil des beabsichtigten Widerstands, der Besatzungsmacht diese Trophäe zu verweigern?
 - Gibt es ein Ziel an sich und eine Strategie dahinter, dass die Universität weiterhin auf besetztem Gebiet existieren sollte? Was oder wer entscheidet dies, und wie wird eine solche Entscheidung auf demokratischer und rechtlich korrekter Grundlage getroffen?
 - Wie kann diese Überlebens- oder Selbstsabotage-Strategie mit den Mitarbeitern kommuniziert und verankert werden? Mit den Studierenden? Ist es möglich, im Voraus Maßnahmen zu treffen und vorzubereiten, die eine Besatzungsmacht dann nicht kennt und kontrollieren kann?

Szenario 4: Fliehen oder kämpfen

Die Front des Konflikts ist sehr dynamisch, und während die NATO-Bemühungen an Stärke und Schwung gewinnen, besteht die vage Hoffnung, dass früh verlorene Gebiete entweder mit Gewalt oder als Verhandlungsmasse zurückerobert werden können. Die einzige Frage ist, wie wichtig das unmittelbare Gebiet der Hochschule in diesem geopolitischen Spiel ist. Lohnt es sich für den Besatzer, es bis zum Ende als Zeichen festzuhalten, dass er tatsächlich etwas erreicht hat? Ist es für die alliierte Seite fast unwichtig, das Gebiet in Bezug auf wichtigere Gebiete in Finnland oder den baltischen Staaten zurückzuverhandeln? Oder ist es vielleicht so aufwendig, es besetzt zu halten, dass es nach dem Konflikt wahrscheinlich automatisch wieder unter schwedische Kontrolle kommt?

Vor allem: Wie sollte die langfristige Planung für die Hochschule aussehen, um all diese potenziellen Ergebnisse erreichen zu können? Ist es zumindest hier und jetzt und vielleicht nur vorübergehend wichtiger, die Universität zu evakuieren und ihren Betrieb einzustellen, in der Hoffnung, dass er später wieder aufgenommen oder anderswo im Land wiederhergestellt werden kann? Oder gibt es einen Wert und ein Ziel an sich, die Fortsetzung des Betriebs zu gewährleisten, bis das endgültige Schicksal der Hochschule mit Sicherheit bestimmt werden kann? Ist es überhaupt möglich, umzuziehen oder den Betrieb wieder aufzunehmen, oder sind Forschung und Ausbildung so eng mit Einrichtungen und Ressourcen verknüpft, dass man alles aufgeben und von vorne anfangen würde, wenn alle das Feld verlassen würden?

Angesichts der Schlussfolgerungen, die in anderen Szenarien unter denselben Bedingungen gezogen wurden, wie eingeschränkt ist die tatsächliche Organisation und Funktion als Lehr- und Forschungseinrichtung durch die Besatzung und die erzwungene Kontrolle, der die Hochschule unterworfen wurde? Ist es möglich, die Hochschule wieder in den Rest der Gesellschaft zu integrieren, um den dritten Auftrag glaubwürdig wieder aufnehmen zu können?

Diskussionsfragen

- Wie sehr hängen die Entscheidungen und Strategien bezüglich der Fortführung des Betriebs vom Ergebnis des Konflikts ab?
 - In welcher Situation ist es möglich aus wohlüberlegten Gründen zu fliehen? Oder trotz allen zu bleiben?
 - Was sollte in so einem Fall zerstört und der Besatzungsmacht verweigert werden, wenn Flucht die beste Wahl ist? Was sollte absolut bewahrt werden, wenn Flucht nicht möglich oder angemessen ist?
 - Wie stark unterscheidet sich das zwischen verschiedenen Fächern, Organisationen, Aktivitäten und anderen Abteilungen der Universität? Gibt es Funktionen, die bis zum Schluss beibehalten werden müssen?
- Wie erzielen wir die Krisenbereitschaft des Personals auf diese möglichen Ergebnisse?
 - Was müssen sie üben und über allgemeines Wissen verfügen, um eine mögliche Zerstörung von Einrichtungen und Ausrüstung durchzuführen oder deren Erhaltung durchzuführen?
 - Wer ist verantwortlich für Entscheidungen zu Schutz und Zerstörung, und wie wird diese Verantwortung delegiert?
- Burgfrieden und Versöhnung
 - Wenn es Hoffnung auf Fortsetzung des Betriebes und vielleicht sogar eine Rückkehr zur schwedischen Kontrolle gibt, wie kann die Organisation dann wieder aufgebaut werden, besonders wenn es politische Ernennungen und Steuerung gab oder wenn es Gruppen von Mitläufern unter dem Personal gab?
 - Wenn es große Spannungen oder Unterschiede zwischen dem Forschungs- und Lehrseite und den Studierenden gab, wie kann diese Vertrauenslücke bei einer Wiederherstellung geheilt werden? Angesichts der Regeln zum Einfluss der Studierenden, zum Arbeitsumfeld, zur Sicherheit des Personals und mehr, welche formellen politischen Rahmen gibt es, um mit möglichen Konflikten umzugehen?
- Wiederherstellung des Forschungsvertrauens
 - Wenn es politische Kontrolle und Unterbrechungen in der Forschungsproduktion gab, wie kann dieses Vertrauen nach einem Konflikt wiederhergestellt werden?
 - Wenn der Konflikt bereits einmal stattgefunden hat, wie groß ist das Risiko, dass er wieder aufflammt, und wie beeinträchtigt das die Aussichten, mit neuer Forschung beginnen zu können?

Hintergrund 2: In Frontnähe

Nach Jahren von Provokationen und Testangriffen gegen Funktionen der schwedischen Gesellschaft und gegen die Nachbarländer in der Ostseeregion im Allgemeinen ist in der Region ein groß angelegter Konflikt ausgebrochen. Eine unbeholfene und unorganisierte Antwort des NATO-Bündnisses verschaffte dem Gegner in der Anfangsphase einen Vorteil, sodass er bedeutende Erfolge in den baltischen Staaten und gegen Nordschweden erzielen konnten. Derzeit steht die Frontlinie jedoch still, und die Kämpfe drehen sich hauptsächlich um Angriffe auf für die Gesellschaft wichtige Funktionen und Logistikzentren aus der Ferne mit Hilfe von Drohnen und Raketen. Von den vorgeschobenen Stellungen aus können diese Angriffe prinzipiell gegen ganz Schweden ausgeführt werden, aber es gibt auch eine Grenze, wie viel von diesem riesigen Gebiet gleichzeitig angegriffen werden kann. Der Gegner hat sich entschieden, sich auf einige wenige zentrale Positionen jenseits der eigentlichen Frontlinie zu konzentrieren. Leider grenzt die Hochschule an eines der ausgewählten Ziele.

Da sich das Land im Krieg befindet, gilt die höchste Stufe der Bereitschaft. Mitarbeiter und Studierende wurden von der zivilen und militärischen Verteidigung in Anspruch genommen, da sie außerhalb des Hochschulsystems im Militärdienst eingesetzt werden. **Das eigene Personal der Universität unterliegt der allgemeinen Dienstpflicht** und es wird erwartet, dass es seinen üblichen Aufgaben nachkommt, es sei denn, seine Fähigkeiten werden als besser für die Verteidigung des Königreichs und die Aufrechterhaltung von für die Gesamtverteidigung wichtigen Aktivitäten erachtet. Die Möglichkeit, sich frei zu bewegen, ist eingeschränkt, teils weil Züge und wichtige Verkehrswege wichtige Ziele waren und ständig repariert werden müssen, teils weil verteidigungswichtiger Verkehr Priorität hat. Störungen im Stromnetz, Internet Telekommunikationsverkehr treten wiederholt auf, was auch die Möglichkeiten, mobil oder von zuhause zu arbeiten, einschränkt. Daher sind zu jeder Zeit **nur 50 % des Personals verfügbar** – allerdings sind es nicht immer dieselben 50 %. Auch die Studierendenschaft wurde zunächst stark eingeschränkt, und **nur 25 % der eingeschriebenen Studierenden schließen derzeit ihre Ausbildung** ab, es sei denn, es handelt sich um eine berufliche Ausbildung, die direkt mit gesellschaftlich wichtigen Aktivitäten wie Gesundheitsausbildung und Ausbildung bei Polizei und Rettungsdiensten verknüpft ist. Neben den gleichen Problemen mit den Anforderungen des Pflichtdienstes und der eingeschränkten Mobilität haben sich viele auch zu freiwilligen Einsätzen im Rahmen der Gesamtverteidigung engagiert. Es ist derzeit ungewiss, ob die Studierenden zu ihrem Studium zurückkehren werden, wenn der erste Schock nachlässt und sich der Konflikt normalisiert.

Die Hochschule scheint nicht vorrangiges Angriffsziel zu sein, wie etwa kritische Infrastruktur oder wichtige Einrichtungen für die Gesellschaft, war aber dennoch direkten Angriffen ausgesetzt. **Einige Einrichtungen und Gebäude sind zerstört oder so stark beschädigt, dass sie nicht mehr sicher** für ihren vorgesehenen Zweck genutzt werden können. **Andere Gebäude haben geringfügige Schäden, die die tägliche Funktionalität beeinträchtigen – Heizung, Belüftung und Wasser, Schutz vor dem Gelände und Zugang zum Gelände und Ähnliches.** Wenn die Hochschule über fortschrittliche Labore oder Produktionsumgebungen verfügt, wurden Teile davon zur Unterstützung der Verteidigungsbestrebungen bereitgestellt, und viele andere sind mit gezielten Aufträgen gegenüber verschiedenen nationalen und regionalen Gesamtverteidigungsakteuren beschäftigt, sowohl für eher Auftragsarbeiten als auch für Auftragsforschung zur Deckung neu identifizierten Wissensbedarfs.

Der tägliche Betrieb wird wiederholt durch Strom- und Kommunikationsausfälle sowie durch Alarme vor bevorstehenden Fernangriffen unterbrochen. Die ersten kommen ohne Vorwarnung und können nicht mehr als den Versuch, eine Reservekapazität zu erhalten, geplant werden. Die direkten Angriffe erfolgen mit etwa einer halben Stunde Vorlaufzeit, aber eine gewisse Gleichgültigkeit zeigt sich bereits gegenüber, und es ist zunehmend üblich, dass Mitarbeiter und Studierende nicht mit großer Eile Schutz suchen.

Szenario 5: Eine Frage der Kontinuität

Ausgehend von den Bedingungen, die dadurch bestehen, dass die Hochschule in direkter Nähe des Konfliktes gelegen ist, und aus der Perspektive betrachtet, dass eine "Frontlinie" in einem modernen Krieg eher unscharf ist, müssen die Hochschule als Ganzes und das Personal bis hin zur Einzelperson zu einer Reihe wichtiger Fragen bezüglich der an der Universität durchgeführten Aktivitäten eine Position beziehen. Die verfügbare Arbeitskraft ist dezimiert und nicht völlig zuverlässig – nicht, weil die Personen unzuverlässig sind, sondern weil man von Tag zu Tag nicht sagen kann, ob sie zur Arbeit gehen können. Ebenso ist die Anzahl der Studierenden begrenzt, mit dem Unterschied, dass die Studierenden nicht verpflichtet sind, sich in die Vorlesungen zu setzen. Diejenigen, die noch studieren, können aus demselben Grund nicht immer teilnehmen wie das Personal im Allgemeinen, aber die Studierendengruppe selbst ist auch viel kleiner, da viele glauben, anderswo mehr Gutes zu leisten. Gleichzeitig werden die Hochschule und einzelne Forscher mit Anfragen, Erwartungen und gezielten Aufgaben im Zusammenhang mit den Verteidigungsbestrebungen überflutet. Natürlich verstehen alle Beteiligten, dass gleichzeitig viel gefordert wird, aber jeder denkt auch, dass ihr spezielles Thema etwas wichtiger und priorisierter ist als das der anderen. Darüber hinaus bestehen die grundlegende Mission der Hochschulen und Vereinbarungen zu Forschungsprojekten und der Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen innerhalb und außerhalb des Landes. Verfügbares Personal kann unmöglich alle Aufgaben erledigen, die derzeit der Hochschule zugeordnet sind. Es stellt sich ständig die Frage, wie wertvoll bestimmte Aktivitäten sind, insbesondere im Bildungsbereich, angesichts der geringen Studierendenschaft.

Aus administrativer Sicht ist es auch wichtig zu wissen, welche Aktivitäten priorisiert werden sollten. Auch hier mangelt es an Personal und Ressourcen. Systeme und Einrichtungen werden wiederholt zerstört oder gestört. Da Teile des Betriebs auf die Gesamtverteidigung fokussiert werden sollen, ist es auch wichtig, in allen Bereichen eine gute Sicherheit zu gewährleisten – sei es physische Sicherheit, Personalsicherheit oder Informationssicherheit.

Diskussionsfragen

- Welche Aktivitäten sollten priorisiert werden?
 - Was *muss* die Hochschule tun, unabhängig von den Umständen, und gibt es Konflikte und Abwägungen zwischen diesen Einschränkungen? Ebenso wichtig ist es, darüber nachzudenken, was die Hochschule absolut nicht tun sollte: welche Aktivitäten würden Zeit, Ressourcen und Fachwissen verschwenden?
 - Was kann weniger priorisiert werden und welche Konsequenzen hat dies auf finanzieller Ebene, auf Ebene des Vertrauens (für die Hochschule insgesamt und zwischen Mitarbeitern und Management), auf symbolischer Ebene?
- Welche Unterbrechungen können gehandhabt werden und wie?
 - Wie viel vom täglichen Betrieb muss kontinuierlich stattfinden? Wie kann sichergestellt werden, dass dieser Betrieb auch unter gestörten Bedingungen fortgesetzt wird?
 - Wie viel ist zeitkritisch oder anderweitig empfindlich, um bestimmte Zeitfenster einzuhalten (z. B. Gehaltszahlungen)? Welche Möglichkeiten gibt es, diese Zeitfenster zu verschieben?
- Was im Betrieb ist mit Ort, Person, Gruppe oder Organisation verbunden?
 - Gibt es Möglichkeiten, den Betrieb auf andere Weise und an einem anderen Ort zu führen – wie viel wird größtenteils "aus Tradition" und aus alten Gewohnheiten gemacht?
 - Wie viel Redundanz gibt es bei den tatsächlich notwendigen Fähigkeiten, um den Betrieb aufrechtzuerhalten? Dürfen zum Beispiel nur bestimmte Dozenten oder Forscher eine bestimmte Lehr- oder Analysetätigkeit durchführen? Ist es möglich, Ersatz anderswo zu finden?
- "Forschungsgastgeber", Forschungstourismus und der Exodus von Forschern.
 - Es wird ein Interesse der übrigen Forschungscommunity geben, die Aktivitäten unter solch ungewöhnlichen Bedingungen zu untersuchen oder direkt daran teilzunehmen. Hat die Hochschule die Möglichkeit, solche Anfragen und externe Unterstützung zu erhalten? Was sind die Vorteile und Risiken?
 - Ebenso wird es bei einigen den Wunsch geben, dem Konfliktgebiet zu entkommen, obwohl es eine Dienstpflicht gibt. Wie kann man damit umgehen?

Hintergrund 3: IN EINER BETROFFENEN GESELLSCHAFT

Nach Jahren von Provokationen und Testangriffen gegen Funktionen der schwedischen Gesellschaft und gegen die Nachbarländer in der Ostseeregion im Allgemeinen ist in der Region ein groß angelegter Konflikt ausgebrochen. Eine kraftvolle Reaktion des NATO-Bündnisses hat einen Stillstand geschaffen, bei dem territoriale Gewinne in einem Gebiet gegen Verluste in einem anderen eingetauscht wurden, und die Frontlinie gelegentlich stark schwankt, während beide Seiten versuchen, zurückzuziehen und zurückzuschlagen, um sich einen Vorteil zu verschaffen. Derzeit geht es im Konflikt größtenteils darum, die zugrunde liegende Logistik zu stören und beide Seiten versuchen, die Gesellschaft zu stören, die als Unterstützung für die rein militärischen Anstrengungen dient – genau die Art umfassenden Krieg, den die Gesamtverteidigung eigentlich bewältigen soll. Schweden ist eine erste Unterstützungslinie für die Kämpfe, hauptsächlich in den baltischen Staaten, aber auch entlang der finnischen Grenze, mit der belastenden Aufgabe, als Transitland, Logistikknotenpunkt und letzter Außenposten für Material und Truppen an die Front zu fungieren.

Bisher gilt im **ganzen Land eine verschärfte Einsatzbereitschaft**, aber es gibt eine hitzige parlamentarische und rechtliche Debatte darüber, ob unsere NATO-Verpflichtungen in der Praxis bedeuten, dass Schweden tatsächlich im Krieg ist, obwohl die Regierung bisher eine Kriegserklärung verweigert hat, die das Land in höchste Alarmbereitschaft versetzen würde. Das Gegenargument ist, dass dieser letzte Schritt eine Gesellschaft unnötig erschöpfen würde, die derzeit relativ gut funktioniert, und dass die Gesetze genau darauf ausgelegt sind, diese Art von Flexibilität zu ermöglichen. Die Stimmung ist jedoch so, dass die Bereitschaftsstufe jederzeit aus operativen oder politischen Gründen geändert werden kann, was bedeuten würde, dass alle umfassenden Verteidigungsgesetze und alle Zwangsmaßnahmen aktiviert werden.

Die verschärfte Einsatzbereitschaft gilt für den Gesundheitssektor, die Eisenbahn- und Straßeninfrastruktur sowie für die Elektrizitäts-, IT- und Telekommunikationssektoren, und für das Personal in diesen Bereichen besteht Dienstpflicht. **Auch Mitarbeiter von Hochschulen mit Verbindungen zu diesen Bereichen – sei es durch Nebenjobs, Beratungsaufträge, Auftragsforschung oder Vertragsausbildung – fallen ebenfalls unter die Dienstpflicht. Studierende, die den Militärdienst abgeschlossen haben oder in ihrer Ausbildung weit genug fortgeschritten sind, um Praktika in denselben Bereichen zu absolvieren, wurden ebenfalls vorübergehend eingezogen und fehlen in ihrer Ausbildung.** Es schwankt stark von Hochschule zu Hochschule, wie sehr sich das auf die Verfügbarkeit des Personals und die Studierendenschaft ausgewirkt hat. Obwohl noch nicht viele Dienstpflichtige eingezogen wurden, hat deren Zahl dennoch einen erheblichen Einfluss auf die Geschlechterverteilung der jüngeren Studierendenkohorten. Gleichzeitig besteht großer Druck, die Wissensproduktion und -bildung in diesen hart beanspruchten Gebieten sofort auszuweiten.

In anderen Teilen des Landes waren Immobilien und Einrichtungen einiger Hochschulen, die offenbar als wertvoll für die Gesamtverteidigung angesehen wurden oder in Verbindung mit der Unterstützung des Gastlandes für die NATO stehen, bereits sporadisch von Angriffshandlungen betroffen. **Deine eigene Hochschule blieb bisher verschont, aber es ist wahrscheinlich einfach Glück und Zeit.** Die gesamte Gesellschaft ist jedoch wiederholten und schwerwiegenden, wenn auch sporadischen Störungen im Stromnetz und im IT-Bereich ausgesetzt, mit wiederholten Cyberangriffen auf die IT-Infrastruktur der Hochschulen, um auf alles zuzugreifen – von Forschungsdaten über persönliche Daten über Mitarbeiter und Studierende bis hin zum Versuch, Verbindungen zwischen der Universität und anderen Akteuren der Gesamtverteidigung zu identifizieren. Der Ruf, dass Hochschulen im Vergleich zu vielen anderen staatlichen Einrichtungen leichtere Ziele für diese Art von Eindringen sind, macht sie für den Gegner attraktiv.

Viele internationale Kooperationen wurden ebenfalls stark verlangsamt oder auf Eis gelegt, teils wegen der Schwierigkeiten bei der Telekommunikation und teils wegen der großen Unsicherheit darüber, inwieweit die Sicherheitslage einen fortgesetzten Wissensaustausch ermöglicht. Ist es überhaupt sicher, weiterhin schwedische Forscher und Einrichtungen zu nutzen, oder können sie jederzeit verschwinden? Die undefinierte Rolle der Hochschulen in der Gesamtverteidigung zeigt sich jedoch auch außerhalb der spezifischen Wissens- und Ausbildungsbedürfnisse, die mit der verschärften Bereitschaft verbunden sind. Die Situation ist zu akut, als dass viele Akteure ihre Augen von ihren unmittelbarsten Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten abwenden könnten. Sowohl auf Landes- als auch auf regionaler Ebene war die Kommunikation mit den Hochschulen knapp, und das Muster früherer großer Krisen wiederholt sich: Es scheint vielmehr die Verantwortung der Hochschulen zu sein, zu kommunizieren, wie sie die Gesellschaft mit ihrem Fachwissen und ihrer verfügbaren Innovations- und Entwicklungskapazität unterstützen können.

Szenario 6: Erster und zweiter Auftrag – die Bedürfnisse der Hochschule

Unter verschärfter Bereitschaft ist die Gesamtverteidigung angesprungen, aber das schwedische Verwaltungssystem hat sich nicht vollständig auf ausschließlich Gesamtverteidigungsaufgaben umgestellt. Organisationen und Einzelpersonen, die nicht ausdrücklich von der Gesetzgebung und der Liste gesellschaftlicher Aufgaben betroffen sind, die die Auslösung der verschärften Bereitschaft umfasst, befinden sich formal in einer Alltagssituation, in der Gesetze und Grundsätze der Krisenvorsorge leiten. Gleichzeitig muss die Planung für eine operative Gesamtverteidigung natürlich weiter intensiviert werden, da es wahrscheinlich ist, dass Entscheidungen zur höchsten Bereitschaftsstufe und letztlich eine Kriegserklärung ohne weitere Vorwarnung getroffen werden können – die verschärfte Einsatzbereitschaft *an sich ist* schon die Warnung.

Mit anderen Worten: Es gibt keine ausgeprägten Unterschiede im Betrieb der Hochschulen – Bildung und Forschung sind weiterhin die Kernaufgaben, die so weit wie möglich wie üblich durchgeführt werden sollten. Allerdings unterscheiden sich die Planungshorizonte für diese Aufgaben drastisch dahingehend, wie schnell eine Erweiterung der Bereitschaftsstufe stattfinden kann, sei es auch "nur" die Ausweitung der verschärften Bereitschaft auf weitere Sektoren und Aktivitäten. Mit anderen Worten: Es ist Zeit und eine letzte Gelegenheit, für eine noch schlimmere Situation zu planen und sich vorzubereiten, einschließlich der Schaffung der Bedingungen für schnelle Veränderungen in den Kernaufgaben. Bestimmte Bildungs- und Forschungsaktivitäten sind jedoch bereits abgedeckt, abhängig von den an der jeweiligen Hochschule angebotenen Fächern.

Da der Betrieb nur indirekt betroffen war und die relevanten Gesamtverteidigungsakteure noch keine Unterstützung im Zuständigkeitsbereich der Hochschule beantragt haben, muss die Hochschule über ihre Vorbereitungen selbst entscheiden und diese den zuständigen Behörden mitteilen. Natürlich besteht auch die Möglichkeit, andere Unterstützungsmaßnahmen zu planen, einzuleiten und anzubieten, die die Hochschule bereits als wichtig für die Gesamtverteidigung identifiziert – entweder derzeit oder bald in einer sich verschlechternden Lage. Trotzdem sind die wichtigsten Fragen bei der Sorge um die eigene Einrichtung: Was sind die Bedürfnisse der Hochschule jetzt und in naher Zukunft, und wie können diese Bedürfnisse gegen weitere Störungen abgesichert werden?

Diskussionsfragen

- Wird es Studierende geben?
 - Die grundlegendste Frage für die Bildungsaktivitäten ist, ob es eine Studierendenbasis geben wird. Einige sind bereits dienstverpflichtet worden, und je nach gesellschaftlichen Bedürfnissen könnten sogar größere Gruppen bald verpflichtet werden, an gesellschaftlich wichtigen Aktivitäten teilzunehmen. Wie kann die Hochschule angesichts dieser Volatilität ihren Betrieb planen?
 - Kann und muss es in dieser Lage eine Diskussion mit Ministerien und Drittmittelfinanzierern darüber geben, wie sich eine geschrumpfte Studierendenschaft auf die Möglichkeit der Ausbildung auswirkt?
- Was wollen und müssen die Studierenden lernen?
 - Einige Bildungsbereiche, die mit gesellschaftlich wichtigen Aufgaben verbunden sind, sind bereits betroffen und leicht zu identifizieren. Welche Möglichkeiten gibt es, die Bildung in diesen Bereichen zu stärken? Wo findet die Hochschule Lehrkräfte, wenn so viele ohnehin schon Gefahr laufen, in den Pflichtdienst außerhalb der Hochschule eingebunden zu werden?
 - Ist es bereits möglich, angepasste Bildungsformen zu planen – Programme, bei denen Studierende im Rahmen ihrer Ausbildung zwischen praktischen Tätigkeiten im Zivilschutz wechseln – und diese hinsichtlich Qualitäts- und Abschlussanforderungen genehmigen zu lassen? Werden diese angepassten Prüfungen anerkannt, wenn der Konflikt vorbei ist?
- Wie wird die Forschung von den neuen Anforderungen beeinflusst?
 - Besteht das Risiko, dass unabhängige Forschung in den Hintergrund gerät, wenn die Vorbereitung in bestimmten kritischen Bereichen die ganze Aufmerksamkeit beansprucht? Wie kann in der Forschung eine langfristige Perspektive geschaffen werden, sodass nicht nur die kurzfristige Unsicherheit und das Gefühl der Panik herrschen?
 - Gibt es dennoch einen Grund, die Forschung im Rahmen dieser Freiheit auf neue Themen umzuleiten, basierend auf dem eigenen Wissen darüber, was bald wichtig sein wird? Gibt es überhaupt einen Raum und eine Möglichkeit, das alleine zu machen?

Szenario 7: Dritter Auftrag – zu den Bedürfnissen der Gesellschaft beitragen

Die Gesellschaft im Allgemeinen und die operative Gesamtverteidigung im Besonderen konnten sich noch nicht von den unmittelbaren und akuten Problemen lösen, die der Konflikt verursacht hat. Die Hochschulen sind in den laufenden Aktivitäten etwas übersehen worden, aber es gibt allen Grund anzunehmen, dass sich das ändern wird. Die einzige Frage ist, ob die Hochschulen selbst die Probleme identifizieren sollten, die sie lösen können, und ihre Hilfe anbieten, oder ob sie auf spezifischere Anfragen warten sollten, die den klaren Bedürfnissen der Gesamtverteidigung entsprechen. Gleichzeitig unterscheiden sich die Hochschulen sowie ihre Studierenden und Mitarbeiter nicht von der Gesellschaft insgesamt: Es gibt eine große Freiwilligkeit und Bereitschaft, sich zu den Bemühungen zu beteiligen. Wenn die Universität sie nicht organisiert, werden in allen Bereichen der Aktivitäten individuelle Initiativen initiiert, was lobenswert ist, aber letztlich die Fähigkeit der Hochschule beeinträchtigt, die früher oder später auftretenden Unterstützungsanfragen zu erfüllen.

Zwei begrenzende Faktoren dabei sind, dass es keine Möglichkeiten gibt, den Werkzeugkasten zu nutzen, den die Bereitschaftsgesetzgebung eröffnet, solange die Erhöhung der Bereitschaft nicht speziell auf die Hochschulen zutrifft. Es kann sowohl Vor- als auch Nachteile geben, eine Ausweitung der verschärften Bereitschaft auf den Hochschulsektor durch Kontakte mit Behörden und Regierungen zu fordern. Der zweite Faktor ist jedoch das Gegengewicht: Ist die Hochschule bereit, die Verantwortung zu übernehmen und die Anforderungen zu erfüllen, die entstehen, falls sie ein operativer Teil der Gesamtverteidigung werden? Gibt es Methoden, Prozesse und Systeme, die *sichere* Bildung und Forschung ermöglichen anstelle des freien akademischen Umfelds, in dem Hochschulen üblicherweise arbeiten? Gibt es überhaupt einen rechtlichen Rahmen, der Bildung und Forschung angemessen gegen Einfluss und Spionage schützt?

Ein weiterer Aspekt, der geplant werden muss, ist, ob und wie die Hochschulen sich gegenseitig unterstützen können – andere Hochschulen sind ebenfalls Teil der Gesellschaft. Wenn der Konflikt eskaliert und eine Hochschule stärker als andere in Bezug auf hohe – ja sogar unvernünftige – Erwartungen oder Verluste in der Fähigkeit, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten, betroffen ist, können dann andere Hochschulen eingreifen und den Betrieb unterstützen oder übernehmen?

Diskussionsfragen

- Was kann geändert werden?
 - Welche Einschränkungen und welche Möglichkeiten außerhalb von Verwaltungsregeln gibt es, den Betrieb der Hochschule schnell an die plötzlichen Anforderungen innerhalb der Gesamtverteidigung anzupassen? Ist es möglich, Bürokratie im Voraus zu erkennen und zu beseitigen, zeitaufwändige Vorbereitungen zu beginnen oder Mittel für Unterstützungsaktivitäten zu sichern?
 - Gibt es irgendetwas im Betrieb, das direkt davon profitieren würde, von den Werkzeugen abgedeckt zu werden, die die Notstandsgesetzgebung freischaltet (vielleicht besonders in Bezug auf Pflicht- und Arbeitsrechtvorbereitung)?
- Was muss übrig bleiben?
 - Gibt es irgendeine Tätigkeit an der Hochschule, die kein anderer Akteur, zumindest nicht innerhalb angemessener Entfernung oder in angemessener Zeit, durchführen kann? Etwas Flexibilität bei der Umverteilung ist gut, aber selbst dann muss klar sein, was Priorität haben muss.
 - Fällt etwas durchs Raster? Es besteht immer das Risiko, dass jeder etwas Einzigartiges tut, das eine hohe Priorität hat – also wie arbeiten die Hochschulen zusammen, um sicherzustellen, dass alle Unterstützung – einschließlich Forschung und Bildung – tatsächlich von jemandem übernommen wird?
- Wie wird Vertrauen gegenüber der Gesellschaft und der Gesamtverteidigung geschaffen und aufrechterhalten?
 - Welche Sicherheitsanforderungen muss die Hochschule erfüllen, um den dritten Auftrag vertrauenswürdig erfüllen zu können? Ist es möglich, im Voraus zu bestimmen, was noch offene und freie Forschung und Bildung sein kann? Ist es in gleicher Weise möglich zu bestimmen, was im Falle erhöhter Alarmbereitschaft gesichert und abgeschaltet werden muss?
 - Welche formalen Möglichkeiten gibt es, Einzelpersonen – sowohl Studierende als auch ihr eigenes Personal – von den Aktivitäten auszuschließen, die für die Gesamtverteidigung wichtig sind? Wie viel Kontrolle hat die Hochschule über die Parameter dafür, oder liegt es ganz an den Akteuren der Gesamtverteidigung zu definieren, was ausreichend sicher ist?

Szenario 8: Erweiterter dritter Auftrag: Beiträge für Verbündete

Die Gesellschaft, zu der die Wissensproduktion der Hochschulen beitragen soll, insbesondere wenn die Bereitschaftsstufe erhöht wird, ist nicht nur die schwedische, sondern umfasst nun auch unsere NATO-Verbündeten. Im Gegensatz zur EU-Mitgliedschaft, die in RF 1 Kapitel 10 erwähnt wird, hatte die NATO-Mitgliedschaft jedoch keine Zeit, in viele der Gesetze, die öffentliche Aktivitäten definieren und regulieren, einzufließen. Außerdem ist die NATO überhaupt keine Verwaltungsorganisation – sie ist ein zwischenstaatliches politisches Gremium, im Gegensatz zur Überstaatlichkeit der EU und ihrer rechtlichen Befugnis. Dennoch wird erwartet werden, dass die Hochschulen Teil des Beitrags Schwedens zur NATO bei erhöhter Alarmbereitschaft sein können. Wahrscheinlich bereits in verschärfter Alarmbereitschaft, aber definitiv, wenn die höchste Stufe der Bereitschaft ausgelöst wurde und die Nation im Krieg ist. Wenn die Rolle von Hochschulen in der Gesamtverteidigung als unklar oder gar nicht definiert angesehen werden kann, ist ihre Rolle im operativen NATO-Kontext noch diffuser.

In einer Situation, in der Schweden als Basis- und Transitland für eine große NATO-Operation in den baltischen Staaten fungiert, werden dieselben offensichtlichen Sektoren betroffen sein und zusätzliche Unterstützung benötigen: Versorgung von Verwundeten und Verletzten, die zur sofortigen Versorgung nach Schweden gebracht werden; Transport, Lagerung und Unterbringung sowohl von Ausrüstung als auch Personal; Wartung von Strom-, IT- und Lebensmittelinfrastruktur. Hochschulen mit Expertise in diesen Bereichen müssen der Regierung und den Behörden bei der Planung dieser Initiativen fachliche Unterstützung bieten. Gleichzeitig gibt es sowohl in diesen Bereichen als auch in der Organisation und Gesellschaftsplanung großen Raum und Bedarf an Innovation. Schweden wird auch ein äußerst interessantes Studienobjekt für sowohl Verbündete – einschließlich der NATO-Organisation als solche – als auch für feindliche Länder sein, was neue und hohe Anforderungen an die Durchführung von Forschung und Wissensaustausch stellt.

Diskussionsfragen

- Wie kann die Hochschule zur Unterstützung Schwedens als Basisland beitragen?
 - Welche Aktivitäten an der Hochschule stehen in irgendeiner Weise im Zusammenhang mit Fragen zur Basislandunterstützung?
 - Gibt es bereits Verbindungen zur NATO in Bildung und Forschung, die in einer kritischen Situation priorisiert werden müssen? Falls ja, wird das Wissen über solche möglichen Verbindungen an die Behörden und regionale oder lokale Akteure weitergegeben, die für Basislandunterstützung verantwortlich sind, damit die Arbeit nicht unnötig dupliziert wird?
- Forschungssicherheit und Komplikationen im Sicherheitsschutz
 - Weder das Gesetz zu Öffentlichkeit und Geheimschutz (2009:400) noch das neue Geheimschutzgesetz (2018:585) haben die Kultur und Struktur der Geheimhaltung innerhalb der NATO berücksichtigt, und Aktivitäten im Bereich des Sicherheitsschutzes werden an den Hochschulen oft bereits vernachlässigt oder ungleichmäßig gehandhabt. Wie kann sich die Hochschule darauf vorbereiten, die Aufgaben zu bewältigen, die entstehen, wenn sie an der Aufrechterhaltung wichtiger Funktionen im Rahmen einer NATO-Operation beteiligt wird?
 - Ist es hier, wie zur Unterstützung der Gesellschaft insgesamt, auch möglich, im Voraus zu erkennen, was offen gehandhabt werden kann und was besondere Sicherheitsmaßnahmen erfordert, um Lehrpersonal und Forschern klare Anweisungen zu geben, wie diese Aufgaben zu bewältigen sind?
 - Letztlich ist es eine Frage, was die Hochschule überhaupt tun sollte. Erwartungen sind keine Forderungen, ist es also möglich, sich von bestimmten Managementproblemen von Anfang an zu befreien, indem man bestimmte Aufgaben nicht annimmt?
- Effekte verdrängen
 - Besteht das Risiko, dass Forderungen und Erwartungen von einer Allianz dieser Größe oder von anderen Ländern innerhalb der Allianz Aktivitäten verdrängen, die tatsächlich wichtiger für die Kernmission der Hochschulen sind? Gibt es eine klare und verankerte Priorisierung dessen, welche Ausbildung, Forschung und Unterstützung die Hochschule letztlich anbieten sollte?
 - Wenn es etwas gibt, mit dem sich die Hochschule nicht beschäftigen sollte, mit dem aber dennoch wahrscheinlich große Erwartungen verbunden sind – wer sonst ist besser geeignet, diese Erwartungen zu erfüllen?